

In Loda ohne Ausstellung wöchentlich 250 M., und monatlich 1000 M., mit Ausstellung im Haus wöchentlich 300 M., u. monatl. 1200 M., durch die Post bezog. monatl. in Polen 1200 M. Ausland 2400 M. — *Nachrichten* für die 7-seitige Sonntagszeitung 60 Mark. Mellanien: die 4-seitige Sonntagszeitung 300 M. für die Korpuszeitung im lokalen Teile 300 M. für die erste Seite werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. Unverlangt eingehandelte Nachrichten werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 115

Freitag den 19. Mai 1922

5. Jahrgang

Das Fiasco von Genua.

Ganz überraschend, ohne vorherige Ankündigung, ohne Sang und Klang, ist die große Konferenz zu Ende gegangen. Es ist nicht viel anders gekommen, als bei ihrer Eröffnung erwartet wurde. Sie ist ein Sündewerk geblieben, mußte in ihrem Schlusprotokoll nichts anderes niedergelegen, als die Anwartschaft auf eine neue Konferenz. Das ist allerdings der billigste Ausweg: „Was du heute kannst besorgen, das verschiebe stets auf morgen“.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Herren, die in Genua den plötzlichen Entschluß zur Verschlebung der Fragen gesetzt haben, das Problem, das vorlag, auf diese Weise „lösen“. Man erinnert sich noch lebhaft an die Verschleppung der Lösung der oberschlesischen Frage durch den Obersten Rat, der einzige und allein kompetent gewesen wäre und der sich doch nicht anders zu helfen wußte, als daß er die Verantwortung von sich ab und dem Völkerbunde zuschob, man erinnert sich erst recht an Cannes, das eigentlich schon dazu befreut gewesen wäre, sich mit den Fragen des Wiederaufbaus Europas zu beschäftigen und wo als einziges Resultat der Beschuß gefaßt wurde, eine neue Konferenz einzuberufen, die diese Fragen lösen sollte. Diese neue Konferenz war die von Genua, war die große Europakonferenz, zu der die umfassendsten Vorbereitungen getroffen wurden, die je eine Zusammenkunft von Staatsmännern einleiteten. Und das Resultat ist dasselbe wie das von Cannes: Die Konferenz hat im Grunde genommen nur getagt, um eine neue zu beschließen, die die Fragen, die von Cannes auf Genua überwälzt worden waren, nun weiter auf den Haag zu überwälzen hatte. Die Diplomaten haben an der frühlingshaften Riviera einen wunderbaren Monat verlebt. Jetzt wird es wahrscheinlich dort unten schon zu ungewöhnlich warm, so heißt es, einen anderen Vergnügungsort suchen, und für diesen ist die holländische Seeflöße mit ihren faszinierenden Sommerabenden gerade geeignet.

Doch die Herren das Schöne mit dem Nützlichen verbinden, kann ihnen störschlich niemand verdanken. Wenn nur dabei tatsächlich viel Nützliches geleistet würde. Wenn man ganz ehrlich sein will, so muß man allerdings, trotz der Verblüffung, die der plötzliche Abbruch der Konferenz ohne Endresultat hervorgerufen hat, zugeben, daß so mancher Schritt nach vorwärts auf dem Wege der Wiederauflösung der europäischen Staaten getan wurde. Schon daß all die verschleierten, oft noch immer recht feindlich gesinnten Lager mit einander in unmittelbare Verührung gekommen sind, daß man sich gegenseitig als Menschen und nicht als Barbaren oder gar Raubtiere kennen gelernt hat, ist ein wichtiges Ergebnis, das allein vielleicht schon manches von dem großen Aufwand belohnt hat, mit dem die Konferenz in Szene gesetzt wurde. Die Saat, die auf diese Weise hier gesät wurde, wird vielleicht nach der Konferenz in mancher Hinsicht noch Früchte tragen, und erst nach Monaten, wahrscheinlich noch später, wird auch die breite Offenheit erkennen, daß Genua doch einen Zweck gehabt hat.

Das einzige greifbare Ergebnis ist der deutsch-russische Vertrag. Und dieses einzige reale Ergebnis ist auch nicht einmal die Frucht der Konferenzverhandlungen, da dieser Vertrag bekanntlich sogar gegen den Willen der Konferenz, über den Kopf derselben hinweg, lediglich zwischen den beiden interessierten Staaten abgeschlossen wurde. Die Tatsache, daß er das Handgreiflichste, Wichtigste ist, kann nicht aus der Welt geschafft werden und trotz aller Anfeindungen, die daraus entstanden sind.

Der Europa-Festspalt, vor dem in Genua so viel die Rebewar, ist bis nun vor allem dank der vielen Russen und Über-Frankreichs und seines Trabanten ein schöner Traum geblieben. Der Wiederaufbau Russlands durch das übrige Europa, der an eine Anzahl Bedingungen geknüpft wurde, die anstatt die Lösung der Probleme nur ihre heillose Verwirrung hervorbrachten, liegt in weiterer Ferne als bisher und wird vom Haag, das ja im Grunde genommen auch nur wieder als Vorbesprechung gedacht ist, weiter verschleppt werden. Es sind weiter die polnischen Fragen gelöst worden, noch ist allem guten Willen zum Trotz an das brennende Reparationsproblem überhaupt nur gerüht worden. Einzig und allein der deutsch-russische Vertrag hat fest Formen angenommen. Die Alliierten schufen weitere Sonderverträge und haben in das Protokoll der Schluszhaltung die Bedingung aufgenommen, daß solche vor dem Zusammenschluß der Kommission im Haag nicht abgeschlossen werden dürften. Es ist aber nach den Vorverhandlungen, die in Genua zwischen der russischen Delegation und den verschiedenen Delegationen der anderen europäischen Staaten geschlossen wurden, kaum anzunehmen, daß dieses Verbot nicht durchbrochen werden wird.

Nun wird also in den nächsten Tagen Europa wieder auf Reisen gehen. Dieselbe Völkerwande-

rung nach dem Norden wird beginnen, wie vor einem Monat nach dem Süden. Der Empfang in der Heimat wird allerdings nicht sehr warm sein.

Europa wartet weiter auf Frieden und Wiederaufbau!!

Der mißliebig gewordene Askenazy.

Die „Gazeta Warszawska“ veröffentlicht einen heftigen Angriff gegen den Vertreter Polens beim Völkerbunde, Professor Askenazy. Sie zitiert eine Auseinandersetzung Askenazys, der mit Bezug auf die Anregung, den deutschen Ansiedlern in Polen noch zu gestatten, bis zum Herbst ihr Hab und Gut zu behalten, erklärt haben soll, daß er seine Regierung ungern darüber informieren und von seiner Seite alles tun werde, um diese Anregung zu bestreiten. Ferner habe er der Übergabe Ausdruck gegeben, daß die polnische Regierung sicherlich in den Grenzen des Möglichen diese Anregung zu erfüllen versuchen werde. Diese Anregungen nimmt die „Gaz. Warsz.“ zum Anlaß, um die Frage aufzuwerfen, ob Askenazy überhaupt noch als Delegierter Polens beim Völkerbunde zu betrachten sei. Augenscheinlich habe er für die Interessen der in Frage kommenden Bevölkerungsschichten, die sich so sehr der Liebe der Juden erfreuen, mehr Verständnis als für die Interessen der polnischen Bevölkerung, die die schleunige Entfernung der deutschen Ansiedler verlangt. Das Blatt schlägt mit der Frage, welche Interessen Askenazy, der vom Staate seine Bezüge erhalten, beim Völkerbunde eigentlich vertrete, und ob es nicht bereits an der

Zeit sei, dem Skandal ein Ende zu machen, den das Auftreten Askenazys in Wirklichkeit bedeutet.

Nach der Auffassung der „Gaz. Warsz.“ hat Herr Prof. Askenazy also versagt. Wie wäre es da, wenn man Askenazy durch den so überaus „patriotischen“ Pater Lutoslawski oder Herrn Dubanowicz ersetzen würde? Der von diesen Herren in der Minderheitsfrage vertretene „tolerante“ Standpunkt würde im Generalkonsulat sicherlich den allerheftigen Eindruck machen.

Eine neue polnische Gutdentschungs-G. m. b. H.

Mit welchem Eifer man bei uns in Polen die Entdeutschungspolitik betreibt, davon könnten wir im Laufe der Zeit schon zahlreiche, zum Teil äußerst traurige Fälle anführen. Namentlich ist es der berüchtigte „Verein zum Schutz der Westmarken“, der sich in neuerer Zeit hierbei besonders hervortut. Welche Mittel man anwendet, um zu seinem Ziele zu gelangen, das geht wieder einmal aus einer Meldung des „Kurier Poznański“ hervor, in der es heißt: „Im Kreis Kölmar, der den kleinsten Prozentsatz an polnischer Bevölkerung aufweist, nämlich 25 Prozent, wurde auf Anregung der wirtschaftlichen Abteilung des Vereins zum Schutz der Westmarken in Kölmar und einer Reihe herumzogender Bürger die G. m. b. H. „Osada“ gegründet, die es sich zum Ziele setzt, das Polentum in den westlichen Kreisen auszubauen, indem sie sich mit dem Handel von Ländereien und unbeweglichen Gütern, mit Parzellierungen, mit der Schaffung von Siedlungen, dem Bau von Häusern für Ansiedler usw. beschäftigen wird.

Die Klagen der deutschen Minderheit Polens vor dem Völkerbundrat.

Genf, 18. Mai (Pat.) Am Mittwoch nachmittag erstattete Hymans in der Sitzung des Völkerbundrates Bericht über die Frage der deutschen Minderheiten in Polen. Nach ausgiebiger Beleuchtung aller Punkte der Klagen legte der Berichterstatter folgenden Beschuß zur Bestätigung vor:

1. der polnischen Regierung wird eine Kopie des heutigen Berichtes mit der Bitte zugesandt, dem Völkerbundrat genaue Einzelheiten über die darin berührten grundförmlichen Angelegenheiten mitzuteilen;
2. die polnische Delegation wird ersucht, gemeinsam mit dem Generalsekretär des Völkerbundes die Prüfung aller rechtlichen Fragen vorzunehmen, die im Bericht erwähnt sind und deren Aufklärung für den Völkerbundrat unumgänglich nötig ist, um darüber zu entscheiden, in welchen Angelegenheiten das Gutachten des internationalen Tribunals in Haag eingeholt werden müßte;
3. Der Völkerbundrat ersucht dringend die polnische Regierung, bis zur Entscheidung des Völkerbundrates alle verwaltungsgerechtlichen Verordnungen aufzuhalten, die geeignet wären, über die Lage jener deutschen Kolonisten vorweg zu entscheiden, die polnische Bürger sind oder deren polnische Staatsangehörigkeit von der Auslegung der im Bericht angeregten Fragen abhängig ist.

Die polnisch-litauischen Differenzen.

Genf, 18. Mai. (Pat.) In der öffentlichen Mittwochssitzung des Völkerbundes verlas Hymans den Bericht über die am selben Tage stattgefundenen Verhandlungen zwischen den polnischen und litauischen Delegierten bezüglich des neutralen Grenzstreifens und empfahl folgendes:

1. Festlegung einer zeitweiligen Grenzlinie, die den Grenzstreifen durchschneidet und die Einführung einer Zivil- und Gerichtsverwaltung zuläßt sowie Entsendung eines

Ergebnis mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage täglich früh.

Schriftleitung und Geschäftsführer: Betriebsleiter Straße 86, Tel. 686

Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreis.

Eigene Vertretungen in: Alexandrow, Bialystok, Czerni, Radom, Konstantinow, Lwów, Lublin, Sosnowiec, Tarnow, Turek, Włocławek, Zduńska Wola, Szczecin usw.

Die Wahlordnungsvorlage und die Juden.

In der Krakauer Zeitung „Nowy Dzień“
n. 1, dem Sprachrohr der jüdischen Minderheit, lesen wir u. a.:

Der Berichterstatter Abg. Grzegorz Jasielski ist wohl nicht so naiv und wird wohl auch nicht die Juden für so naiv halten, daß sie daran glauben könnten, ihr territoriales Verstreutsein müßte ihnen den Verlust von neun Zehnteln der Mandate kosten. Wer sich die 68 Wahlkreise näher ansieht, angefangen von Warschau und mit Swienciany endigend, der wird, außer im Posenschen und Pomeranischen, fast keinen Kreis finden, in dem nicht eine so bedeutende jüdische Minderheit hineingeprägt wäre, daß sie sich dem Wahlsteller nähert, ihn jedoch nie erreicht.

Ja, Herr Grzegorz Jasielski, die Umwandlung dieser Kreise wäre vielleicht bei bösem Willen schwierig, bei gutem Willen leicht; sie ist jedoch in letztem Falle unmöglich. Um einen Staat zu regieren, seine Kraft und innere Einheit vorzubereiten, muß man eine Bedingung erfüllen: gerechte denken. Und gerade der hochgeschätzte Pfarrer Lutoslawski geruhte im Verfassungsausschuß zu erklären, daß „es nicht lohnt, an die Bevölkerung zu denken, die in homöopathischer Verbündung im ganzen Lande zerstreut ist“.

Und als der Abgeordnete Grünbaum den Abgeordneten Lutoslawski in der Vollstzung an diese Worte erinnerte, rief Lutoslawski: „Wir denken an sie, wir denken.“

Und wirklich denken die Herren Lutoslawski, Grzegorz Jasielski und Grünbaum an uns aber nur so weit, wie man uns am leichtesten in der Umarmung einer räuberischen Gerechtigkeit, einer jesuistisch aufgesetzten Demokratie und einer brutalen Gewalt erdrücken könnte. Und zur Verhüllung heißt ihr uns, meine Herren, mit einem Judaslächeln im Gesicht — zufrieden zu sein!!

Wundert euch nicht, meine Herren, wenn wir selbst auch an uns denken werden. Wenn es nicht anders geben sollte, werden wir uns euren ehrenvollen Grundsatz zu eigen machen: in den Mitteln nicht wählerisch zu sein.

Die Weißrussen in Polen.

Die „Gazeta Wilenska“ gibt folgende Neuheiten des Vorsitzenden des weißrussischen Nationalausschusses in Wilna, Herrn Jarewitz, wieder:

Die bisherige Politik der polnischen Regierung gab den Weißrussen nicht die Möglichkeit ihrer kulturellen Entwicklung. Wir lebten unter sehr schwierigen Bedingungen, denn was heute erlaubt war, wurde morgen streng bestraft. So lagen die Dinge während der ganzen Übergangszeit. Darum war unser Nationalausschuss gegen die Einverleibung des Wilnaer Gebietes in die Republik Polen. Da wir der Ansicht waren, daß wir nicht genügend Sicherungen der Wahlfreiheit besaßen, beschlossen wir, uns der Teilnahme an den Wahlen zum Wilnaer Sejm zu enthalten.

Jetzt, nachdem die Einverleibung des Wilnaer Landes in die Republik Polen Tatsache geworden ist, stehen wir loyal auf dem Boden des polnischen Staatsstums und erwarten Maßnahmen der Regierung. Als Vorsitzender der Vertretung der weißrussischen Bevölkerung im Wilnaer Lande habe ich zusammen mit den Vertretern der einzelnen Organisationen eine Audienz beim Staatspräsidenten und beim Ministerpräsidenten. Wir haben dadurch zu erkennen gegeben, daß wir auf dem Boden des polnischen Staatsstums siegen, haben aber zugleich zum Ausdruck gebracht, daß wir darum bitten, daß uns das Recht auf unser Dasein und unsere kulturelle Entwicklung gewährleistet wird. Wir lieben unseren Standpunkt in den Worte: „Die Toleranz ist die Voraussetzung unserer Qualität.“

Die weißrussischen Forderungen bestehen sich auf die Regelung folgender drei Fragen: 1. Freie kulturelle Entwicklung (Schulfragen). 2. Verwaltungsgerechtigkeit. 3. Wirtschaftliche Organisationen. Die Schulfragen sind der schwierigste Punkt. Die weißrussischen Schulen werden von den Behörden unterdrückt. Ich erwähne hier die Frage der Legalisierung des weißrussischen Gymnasiums in Wilna. Die Weißrussen werden zur Teilnahme an der Verwaltung des Landes nicht zugelassen, und die Verwaltungsbehörden wenden Repressivmaßnahmen an, die die Folge des Fehlens eines Programms der Politik gegenüber der weißrussischen Bevölkerung ist. Das Genossenschaftswesen stützt auf Schwierigkeiten, der Anerkennung neuer Genossenschaften werden Hindernisse in den Weg gelegt. Auch die Schließung der weißrussischen Genossenschaften im Gebiet von Grodno hat unter den Weißrussen verstimmt gewirkt. — Wenn diese Missstände bestätigt wer-

den und die Grundsätze der Verfassung vom 17. März verwirklicht werden, kann Polen ganz auf die Loyalität der Weißrussen rechnen. Mit dem von politischen Faktoren entworfenen Plan einer Autonomie des Wilnaer Landes hat der weißrussische Nationalausschuss nichts zu tun. Die Weißrussen nehmen in dieser Frage einen indifferenten Standpunkt ein. Auch gegenüber der Ablehnung des Entwurfes einer nationalen Autonomie im Kownoer Sejm hat der nationale Ausschuss, da es ihm an ausreichenden Informationen fehlt, einen indifferenten Standpunkt eingenommen, obwohl diese Angelegenheit die Gesamtheit der Weißrussen anzieht.

Was die Regierung Łaskowski in Kowno betrifft, so darf nicht vergessen werden, daß während längerer Zeit dies die einzige Vertretung der Weißrussen war. Das hatte natürlich eine Einwirkung auf das Verhältnis der weißrussischen Bevölkerung zu dieser Regierung zur Folge. Der Nationalausschuss als solcher nimmt gegenüber der Regierung Łaskowski keinen einheitlichen und festumrissenen Standpunkt ein. Gewisse Gruppen erkennen sie an, andere beklämpfen sie.

Polen tritt dem Burgfriedensvertrag bei.

Genua, 18. Mai. (Pat.) In der heutigen Sitzung des politischen Unterausschusses bemerkte Skirmunt, daß Polen im Rigaer Vertrag ein Dokument besitzt, das den Frieden mit Russland besser garantiert als die vorgeschlagene Abmachung über das Nichtangreifen. Polen schließt sich dem allgemeinen Vertrag über das Nichtangreifen an, macht jedoch folgende Vorbehalt: „Der am 18. März 1921 unterzeichnete Rigaer Vertrag hat unter anderem auch die Gebietsfragen und die Angelegenheit der gegenseitigen Mischung zwischen Polen, Russland und der Ukraine endgültig geregelt. Die daraus sich ergebenden Verpflichtungen seien an keine Frist gebunden. Trotzdem wolle Polen bei den gemeinsamen Schritten der Mächte zur Festigung des Friedens nicht abseits stehen. Polen erklärt den Anschluß an den gemeinsamen Schritt der Mächte, mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, daß dieser Anschluß keinerlei Änderungen hinsichtlich der Verpflichtungen des Rigaer Vertrages für die Mächte, die diesen Vertrag unterzeichnet haben, nach sich ziehe.“

Auf Antrag Schanzer's wurde diese Erklärung dem Protokoll der Sitzung beigefügt.

Anlässlich der Unsicherheit hinsichtlich des Unterschiedes zwischen dem Rigaer Vertrag und dem Rigaer Protokoll fragte Lloyd George Skirmunt, ob sich Polen durch den Rigaer Vertrag gebunden fühle. Skirmunt antwortete bestehend. Darauf erklärte Lloyd George: „Dies ist eine unerhört wichtige Erklärung, da sie die Friedensverpflichtungen Polens genau festlegt.“

Die polnischen Pressevertreter in Genua.

Von einer aus Genua zurückgekehrten Persönlichkeit erfährt die Bsp-Agentur, daß man den polnischen Journalisten in den Kreisen der an der Konferenz teilnehmenden Diplomaten mit Geringachtung begegnet.

Amerika beteiligt sich nicht.

London, 17. Mai. Nach einer aus Washington eingetroffenen Rester-Meldung hat das Staatsdepartement die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz im Haag abgelehnt.

Venus victoriosa.

Olga Desmonds Tanzvorführungen in Lodz.

Ich sah Frau Olga Desmond vor einigen Jahren zum erstenmal.

Im Bilde.

Die Zeitschrift „Die Schönheit“ leitete damals in Deutschland eine Bewegung ein, die darauf gerichtet war, in der Männlichkeit den Sinn für die Schönheit des nackten menschlichen Körpers wieder zu erwecken. Zu diesem Zweck veranstaltete sie Schönheitssabende, auf welchen ein Kreis von Ausgewählten das Wunder edler menschlicher Körper schauen durfte. Olga Desmond schaute damals — eine zweite Phryne — den noch Schönheit für Menschen den Ausblick des herrlichen Ebenmaßes ihrer Glieder, deren sich Venus selbst nicht geschamt hätte.

Über dieses Bild der triumphierenden Venus-Olga Desmond brachte das „Schönheits“-Heft

Was's ein Wunder, daß in meinem Herzen der Wunsch rege wurde, dieses Bild lebend zu schaute?

Am Mittwoch ging dieser Wunsch eines Schönheitssabers in Erfüllung. Ich durfte Olga Desmond's Tanz erleben, durfte mit ihr plaudern — ihre Nähe auf mich wirken lassen.

Was soll ich über ihren Tanz sagen?

Ich wußte den ganzen Abend hindurch an Tommäuer denken, den Frau Venus, „die schöne Teufelinne“, durch ihre Reise im Hörselberg ge-

Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft „Europa“, Warschau, Marschakowskastr. 118.



Europa steht in engen Beziehungen zu einer erstklassigen inländischen Rückfallversicherungsgesellschaft sowie zu der in der ganzen Welt bekannten Internationale Assicuranz-Companie in Kopenhagen, die über ein Kapital von 47 Millionen dänischer Kronen verfügt, u. macht hiermit bekannt, daß die General-Agentur von Lodz und Umgegend an den langjährigen erfahrenen Versicherungs-Inspektor Herrn M. Scheinberg anvertraut worden ist. Die Gesellschaft nimmt jederart von Lebensversicherung laut den neuesten Tarifen und günstigen Bedingungen für den Versicherten an, der an dem Gewinn der Versicherungsgesellschaft das Anteilrecht besitzt.

Der hauptz. der Gesellschaft ist: Warschau, Marschakowska 118, dagegen das Büro der General-Agentur, Lodz, Wschodnia 39. I. 2416

Tüchtige Agenten sowie redegewandte Herren werden gesucht.

Das neue Gewerbesteuergesetz

in deutscher Sprache.

Ende dieses Monates erscheint im Verlage des „Schlesischen Tagblatt“ die deutsche Übersetzung des sehr umfangreichen Gewerbesteuergesetzes in Form einer Broschüre. Interessenten, die Wert darauf legen, dieses äußerst wichtige Gesetz, das im Juli in Kraft tritt, in authentischer deutscher Übersetzung zu besitzen, werden eingeladen, die von ihnen gewünschte Zahl von Exemplaren zu subskribieren. Je mehr Subskriptionen, desto billiger kann der Preis eines Exemplares sein. Subskriptionen werden bis zum 25. Mai sowohl in der Verwaltung unseres Blattes als auch in der Druckerei und Redaktion „Schlesisches Tagblatt“, Bielitz, Pastornok 23, entgegenommen. 2320

Frotté, Elamin, Batist, Gardinen

empfiehlt 2257

A. Tehlaff & Co.,

Petrikauer Straße 100, Telephon 541.

Turnvereins in Lodz ein. Die Herren werden am Vormittag an der Sitzung der Deutschen Turnerschaft und voraussichtlich auch am Schaukuntern des obengenannten Vereins am Nachmittag teilnehmen.

Der Lodzer Wojewode, Dr. Garapich, ist in dienstlicher Angelegenheit nach Warschau gereist. Ihm vertritt Herr Szczotowicz.

Personlich. In den ersten Tagen des Monats Juni tritt Stadtpräsident Rzewski einen wöchigen Urlaub an. Während des Urlaubs wird er sich eine Rüge, die seit 1906 in einem feuerheißen Siegelfest, entfernen lassen. Dr. Stupnicki und Schöffe Badzian werden Herrn Rzewski vertragen.

Woche des Noten Kreuzes. Zu den Straßenecken sind Maueranschläge angelebt, aus denen zu erkennen ist, daß vom 21.—28. Mai I. S. in ganz Polen eine Woche des Noten Kreuzes stattfinden wird. Der Zweck dieser Sammlungen ist die Stärkung der Mittel für die Jagdaktion, Gewinnung von Mitgliedern, und das Erwerben des Interesses der gesamten Bevölkerung für die Ziele des Noten Kreuzes.

Eine Wohnungsgenossenschaft. Infolge des großen Wohnungsmangels und der ungeheuren Preise, die man für die Vermietung von Wohnungen zahlen muß, ist von Lodzer Bürgern eine Wohnungsgenossenschaft gegründet worden. Ihr gehören u. a. die Herren: Stadtpräsident Rzewski, Dr. Kuczyński, Schöffe Badzian und Supułowski an. Die Verwaltung der Genossenschaft hat sich an die Regierung um Errichtung eines Kredits zur Errichtung von Wohnhäusern gewandt. bsp.

Das Einwählen. Auf Grund einer Polizeiverordnung muß beim Einwählen ein Abmeldechein vorgelegt werden. Verschiedene Personen wandten sich an die zuständigen Bezirksräte mit einer Denkschrift, in der sie um Befreiung derjenigen Personen von dem Abmeldechein ersuchen, die aus der Umgegend eintraten, da diese Personen diesen Schein erst nach einigen Tagen erhalten können. Der Verband der Hausservitanten wandte sich an den Polizeikommandanten mit der Bitte, den Art. 21 der russischen Meldevorschriften zu berücksichtigen und die Verwalter für die durch diese neue Verordnung bedrohte veraltete Einschätzung nicht zu bestrafen. In erster Linie sollen die neuangekommenen Personen zu Verantwortung gezwungen werden. Der Verwalter soll nur dann verantwortlich gemacht werden, wenn er von der Ankunft der betreffenden Personen in Kenntnis gesetzt worden war.

Der Ausweis bei der Post. Bei der Empfangnahme von Geldsendungen auf den Postämtern ist zum Zweck der Vermeidung von Missverständnissen der mit einem Lichibilo ver-

Ein Reparationsplan Morgans.

Berlin, 17. Mai. (A. W.) Der Berichterstatter der „Westminster Gazette“ meldet seinem Blatte, daß Morgan einen bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteten Plan zur Lösung des Reparationsproblems mitgebracht habe. Dieser Plan nimmt als Summe der Reparationen 2 1/2 Milliarden Pfund Sterling zur Unterlage, die von Deutschland bereits geleisteten Zahlungen mit einbezogen, wobei das abgetretene Privateigentum nicht mit verrechnet ist, das der englische Schatzkanzler Horne auf 200 Millionen Pfund Sterling schätzt. Deutschland soll eine Anzahlung auf die Anleihe erhalten.

Ein neuer politischer Fälscher entlarvt.

Berlin, 17. Mai. Dieser Tage wurde von der politischen Polizei in Berlin wieder ein polnischer Fälscher verhaftet, dessen Spezialität die Fälschung kommunistischer Dokumente war, die er für viel Geld an rechtsstehende Kreise verkaufte. Es handelt sich um den erst 21 Jahre alten früheren Boten Berthold, der trotz seiner Jugend schon viel Strafanhänger sich hat. Nach dem Kriege, an dem er nicht teilgenommen hat, verschaffte er sich eine Uniform und bekleidet sich mit deutschem, österreichischen und türkischen Orden. Gleichzeitig legte er sich den Freiherrntitel zu und verschaffte sich

Eingang in vornehme Kreise. Er erzählte, daß er mehrere in Ungarn gelegene Güter geerbt habe, und es gelang ihm, zum Teil sehr hohe Beträge zu erlösen. Später benützte er die Konjunktur der innerpolnischen Wirren und verfaßte Berichte über angebliche geheime Sitzungen von Kommunisten. Eines dieser Dokumente enthielt Angaben über einen Kriegsplan der „deutschen roten Armee“, in der die Kriegsteile nach bekannten kommunistischen Führern und Staaten genannt waren. Diesen Kriegsplan, der auch Angaben über ein großes Waffendepot enthielt, versetzte er mit Unterschriften von Kommunisten- und Sowjetführern, darunter den genau nachgemachten Namenszug Tschischkeins und Krafts. Bei der Unterschrift Tschischkeins war ihm jedoch ein Versehen passiert, das zu seiner Entdeckung führte.

Lokales.

Lodz, den 19. Mai 1922.

Protestversammlungen gegen die geplante Sejmwahlordnung. Das Zentralvollzugskomitee der polnischen sozialistischen Partei veröffentlicht einen Aufruf an die Mitglieder, in dem diese aufgefordert werden, gegen die Vergewaltigung der Rechte der Volksmassen ganz entschieden zu protestieren. Massen-Protestversammlungen und Kundgebungen sollen veranstaltet werden, um dem Kampf um eine demokratische und gerechte Wahlordnung zum Siege zu verhelfen.

Die erste solcher Kundgebungen findet am Montag, um 5 Uhr nachm., in Warschau auf dem Platz Teatralny statt. Vier Sejmabgeordnete, zwei Stadtverordnete und andere Herren werden sprechen.

Es wäre sehr erwünscht, daß auch die Deutschen gegen den Anschlag, auf ihre verbrieften Rechte öffentlich Stellung nehmen möchten. Die gewählten Führer des deutschen Volksplitters in Polen müssen hier die Initiative ergreifen und die Massen ihrer deutschen Volksgenossen zum einheitlichen Vorgehen auffordern.

Deutsche Turner aus Posen und Pommerellen, deren Ankunft man in hiesigen turnsporthabenden Kreisen seit längerer Zeit mit den größten Interesse entgegenseht, treffen am kommenden Sonntag in einer Anzahl von etwa zwanzig Mann als Gäste des Lodzer Sport- und

fangen hielt. Olga Desmond war diese Teufelin. Sie hielt uns durch die Offenbarung ihres Tanzes im Bann, triumphierte über uns durch die siegähnliche Schönheit des Weltes.

Aus dem Kranz der Tanzschöpfungen Olga Desmonds will ich nur einige — mir sind für die herrlichsten — Blätter plücken: die Barcarole aus „Hoffmanns Erzählungen“, das Nocturno von Chopin, den Rosen aus dem Süden-Walzer von Strauß, Einladung zum Tanz von Weber. Diese edlen Rosen vom Baume der Schönheit lassen sich nicht zertrümmern — man kann nur sich ihres beglückenden Besitzes freuen.

Die „Teufelinne Venus“ — im Nocturno Chopins bergen sich die herrlichsten Männernaden vor der Allgewalt des Weibes, der Herrin der Welt.

Adolf Kargel.

Ein Jahr Amerika.

Roman von Artur Zapp.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten)

Einmal machten sie bei einem Holzhändler Brennholz klein, aber sie hielten das nie länger als drei Tage aus, dann war ihnen das Kreuz so steif und alle Glider so schwer geworden, daß sie sich erst einen Ruhetag gönnen mußten, ehe sie ihre Wanderung wieder fortführen konnten. Da indes der erste Schnee gefallen war, so fanden sie in einer kleinen Stadt bei der Strafenreinigung Beschäftigung. Mit Karre, Schippe und Besen zu hantieren, war zwar beiden etwas

Neues, aber der gute Wille und der Zwang der Verhältnisse half ihnen, den peinlichen Widerwillen und die anfängliche Unbeholfenheit zu überwinden. Ja, der Exleutnant brachte es sogar über sich, ein Liedchen zu pfeifen und seinen Unglücksgenossen, der die Zähne zusammenbiß und sich wieder einmal furchtbar entwürdigend vorkam, mit ernstem und heiterem Zuspruch zu trösten.

Als sie in der Mittagspause „freihändig“ ihr Butterbrot verzehrt, begann Herr von Flotowitsch humoristische und philosophische Betrachtungen anzustellen. An seiner Hose, die hoch aufgekrempelt und über und über mit Strafenschmuck bespritzt war, herabsehend, meinte er:

„In meiner Garnison wollte ich mir einmal die Haare vor Verzweiflung ausraufen, weil mir der Schneider vor einem Ball die Falten in der Hose nicht scharf genug gebügelt hatte. Und wenn ich noch daran denke, mit welchem Ernst wir eines Abends im Kafino über die Frage diskutiert haben, in welchen Fällen man einer Dame die Hand zu küssen habe — zu dumm! Manch einem unserer Etikettentrixi wär' so'n bischen Amerika zu wünschen. Er würde ein anderer und kein schlechter Mensch werden. Herrgott, mit was für blödsinnigem Zeug man sich doch den Kopf beschwirrt und die Zeit vertrödelt hat! Und nun? Wenn mich unsere Kommandeuse oder unser Regimentsadjutant — er sah immer wie aus dem Ei gepellt aus — hier so sehen könnte!“

Er wollte sich ausschütten vor Lachen bei dem Gedanken und dann teilte er wieder aus dem un-

vergänglichen Born seiner Erinnerungen allerlei ergötzliche Episoden mit, die den anderen die harletrüte Gegenwart vergessen ließen.

In einer anderen Stadt des Staates Ohio blieben sie drei Wochen bei einem Schildermaler; Leutnant von Flotowitsch, der als Offizier sich im Croquizeichen geübt hatte, führte die Namen der Besteller auf den Schildern mit großer Akkurate aus, während beiden die dazu gehörigen Bilder entwurf und schön bunt auf Holz, Metall oder Leinwand pinselte, so z. B. auf einem für einen Fleischer bestimmten Schild einen appetitlichen roten Schinken und ein paar Würste, und auf einem andern Schild, das ein kunstfreudlicher Bäcker bestellt hatte, ein paar knusperige Semmeln und einen versucherischen braunen Napfkuchen.

So kamen sie allmählich nach dem Städte Indiana, der dem Städte Illinois, dem Ziele des Herrn von Flotowitsch, benachbart war. Hier gelangte Viktor Felden in einem Städte Kendallville plötzlich zu einer Anstellung, die ihn mit großer Freude und schönsten Zukunftshoffnungen erfüllte. Der Redakteur des „Kendallville Pioneer“, des führenden Organs der deutschen Bevölkerung von Kendallville und Umgegend, war von einem gegnerischen Politiker, dessen Partei der Vertreter der deutschen Intelligenz von Kendallville als eine „Bande von Schnapphähnen und Rowdies“ gekennzeichnet hatte, kurzerhand in seiner Office niedergeschossen worden.

(Fortsetzung folgt.)

lehere polnische Post vorzuweisen. Russische Post werden nicht berücksichtigt, wenn der Besitzer nicht zugleich mit dem Posten auch eine entsprechende Bescheinigung vom Regierungskommissariat, dem Standesamt oder dem Gemeindeamt vorlegt. Dasselbe gilt auch von den zeitweiligen polnischen Posten ohne Photographie. Auf Grund eines Geburtschreibes oder eines andern Ausweises wird von den Postämtern das Geld nicht ausgezahlt. Wenn die Postanweisungen unter der Geschäftssadresse eintreffen, dann muß der Empfänger, um das Geld erhalten zu können, sich durch den Gewerbeschein oder eine Bescheinigung der zuständigen Behörde ausweisen. Erst wenn er nachweist, daß er der Inhaber des Geschäfts ist, wird ihm das Geld ausgezahlt. bip.

Stadtverordnetenversammlung.

Sitzung vom 18. Mai.

Die heutige Sitzung leitet Dr. Rosenblatt. Städtevertreter Holenderksi fragt weshalb dem Schulleiter der 28. Schule nach 80-jähriger Dienstzeit keine Unterstützung für eine Badereise nach Krynica erteilt wurde.

Präsident Moraczewski antwortet, daß infolge allzu zahlreicher Bittgesuche und infolge Geldmangels die Unterstützung verweigert werden müsste.

Der Vorsitzende Dr. Rosenblatt verliest die Liste der neuen Delegationen bei den Abteilungen des Magistrats.

Der Magistratsantrag, den Straßenbahntarif vom 20. Mai ab zu erhöhen, wird angenommen. Die Fahrkarte für Erwachsene wird 50 Mark, für Kinder und Soldaten 25 Mark und für Offiziere 40 Mark kosten; eine Monatskarte kostet 10000 Mark.

Sodann wird eine Erhöhung des Gas-tariffs vom 18. Mai ab auf M 3300.— für 1000 Kubikfuß, auf M 2800.— für Kraft und auf 2200 Mark für Straßenbeleuchtung, gleichfalls angenommenen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Dringlichkeit des Antrags, daß der ehemalige Vizepräsident Wojewodski aufgehoben hat Mitglied des Stadtrates zu sein, an.

Die Angelegenheiten der Einrichtung eines Sportplatzes im Bahnpark und des Theaterhauses werden den Sachverständigen zur Beaufsichtigung überwiesen.

Außerdem wird beschlossen, die Droßelentzäze zu erhöhen, gesellschaftlichen Institutionen eine Unterstützung zu gewähren, für das außerordentliche Kommissariat für Radwanderer und den Wiederaufbau des Kreises Grodno 5000000 Mark sowie für die Bibliotheken bei den Verbänden und Vereinen 2½ Millionen Mark anzuweisen. bip.

Die Kleinbahn Lódz-Tomaschow. In Tomaschow fand eine Konferenz der Industriellen wegen Belebung Tomaschows an dem Bau der Kleinbahn Lódz-Tomaschow statt. Auf dieser Konferenz wurde der Beschluß gefaßt, sich an dem Bau zu beteiligen, um auch elektrische Kraft für die Bevölkerung zu erhalten. bip.

Eine konfessionslose Gemeinde in Lódz. Auf Grund des in Warschau angenommenen Gesetzes wird in Lódz eine konfessionslose Gemeinde gegründet. Mitgliederlisten sind im Lokale der Gesellschaft der Freibürger ausgelegt.

Am Mittwoch, den 24. Mai, hält Prof. Mintrang einen Vortrag über: „Das Wesen des freien Denkens“ und am Sonntag, den 29. Mai, Professor Jan Kampel über: „Die Notwendigkeit der Gründung einer konfessionslosen Gemeinde“. bip.

Kurse für Imker. Die Bienenzuchtschule der Lódz Bezirkslandwirtschaftsgesellschaft, Rücksichtsweise auf 50, gibt bekannt, daß sie für den 20. und 21. Mai Kurse für Bienenzüchter organisiert. Am 20. Mai werden von 10 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einer Mittagsunterbrechung im Saale der Landwirtschaftsgesellschaft Vorträge über theoretische Bienenzucht gehalten. Am 21. Mai findet ein Ausflug nach einem der besten Bienenstände der Umgegend statt, wo praktische Anweisungen erteilt werden. Für Mitglieder der Sektion kostet der Kurs 200 M. für Nichtmitglieder 500 M. In Anbetracht der zu erwartenden zahlreichen Beteiligung ersucht die Verwaltung um rechtzeitiges Anmelden. Anmeldungen nimmt das Sekretariat der Landwirtschaftsgesellschaft Allmistr. 50, entgegen.

Die Krankenkasse hat eine Kommission von Ärzten Spezialisten organisiert. Die Kommission wird zu bestimmen haben, welche Kranken in Sommerfrischen und Sanatorien unterzubringen sind. Die Kommission empfängt jeden Dienstag abend. Am ersten Tag fanden sich bei ihr 20 Personen gemeldet. bip.

Die Lódz Bewegung in Lódz. Die Angestelltenverbände der Transport- und Textilbranche haben in einer am 16. Mai stattgefundenen Sitzung nachstehende Entschließung angenommen: „Die Angestellten der Transport- und Textilbranche sind bereit, die freiliegenden Bankangestellten moralisch zu unterstützen und fordern sie zum Durchhalten auf.“

Am 25. April stellten die Pharmazeuten ihren Arbeitgeber die Forderung, die Löhne um 75 Prozent zu erhöhen. Da die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, haben die Pharmazeuten den Beschluß gefaßt, an die Apothekenbesitzer einen Brief zu richten, worin sie diese in Kenntnis seien, daß sie am 22. Mai die Arbeit niederlegen werden. In Anbetracht dieser schwierigen Lage begibt sich eine Abordnung von Apothekern mit dem Arbeitsinspektor Wojskiewicz, kan der Spitze zwecks Regelung der Gehaltsfrage nach Warschau.

Im Arbeitsinspektorat fand eine Konferenz der Vertreter der Ziegeleiarbeiter und der der Ziegeleibesitzer statt. Es wurde beschlossen, die Löhne der Streicher um 60 Prozent zu erhöhen. Demnach erhalten diese Arbeiter für je 1000 Ziegel 2,750 M.

In Anbetracht der Lohnforderungen der Angestellten des Gaswerkes ist eine neuere Erhöhung der Tarife für Gas zu erwarten. bip.

Das Wucheramt bestrafe nachstehende Fleischhauermeister wegen Überschreitung der Richtpreise: die vereinigten Fleischhauermeister mit 225 000 Mark, Josef Süss, Kamiennastr., mit 50 000 M. und Leibnich Widawski, Raszowskastr. 103, mit 25 000 M. Außerdem wurde der Besitzer des Restaurants „Victoria“, Tamme, mit 50 000 M. bestrafe. bip.

Polnischer Städteverband. Am 10. Mai fand in Warschau eine Sitzung der Verwaltung des Verbands polnischer Städte statt. In der Frage der Stadtratswahlen stellte Herr Jaworski nachstehende Forderungen auf: 1. allgemeines, direktes, geheimer, gleiches und Verhältniswahlrecht; 2. aktives und passives Wahlrecht für alle Wähler, die am Tage der Wahlen das 21. Lebensjahr beendet haben; 3. das Wahlrecht bestehen alle Bürger, die im Wahlkreise mindestens 6 Monate ansässig sind; 4. die Verteilung der Mandate findet nach dem Verhältnis-System von Dr. Honki statt. Stadtpräsident Jaworski stellte den Antrag, daß vor der Ausgabe der städtischen Wahlordnung noch das Urteil der Vertreterungen der Städte eingeholt werde.

Das vom Sejm am 21. März angenommene Gesetz über die Elektrifizierung ist nach Ansicht des Städteverbandes eine höchst Vergewaltigung der Interessen der Städte. Nach diesem Gesetz erhielt nicht die Stadt die Konzessionen, sondern das Ministerium für Handel und Industrie. Gegen diese die Städte betreffenden Bestimmungen wurde auf das Schafffe protestiert. Zum Schluß wurde noch die Tagung der Vertreter der Städte in Lemberg, an der 12 französische Bürgermeister teilnehmen sollen, besprochen. bip.

Der Streit um die Lódzer Straßenbahn. Wie bekannt, führen die Aktionäre der Lódzer elektrischen Straßenbahn seit längerer Zeit Verhandlungen mit dem Magistrat zwecks Verjährung der Übernahme der Straßenbahn durch letzteren. Die Verhandlungen wurden vom Magistrat plötzlich abgebrochen, so daß die Aktionäre sich genötigt sahen, eine Denkschrift auszuarbeiten, der wie folgendes entnehmen.

Die Konzessionsdauer soll um 40 Jahre verlängert werden, wofür sich die Aktionäre verpflichten, der Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der Magistrat hat diese Vorschläge jedoch abgelehnt und einen Prozeß angekündigt. Sollte der Magistrat den Prozeß gewinnen, so bleibe immer noch die Frage offen, ob er die Straßenbahn auch wird verwalten können. Demnach erhebt die Stadt einen größeren Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft einzuräumen. Der

Die amerikanische Antwort.

Genua, 18. Mai. (Sat.) Gestern wurde die Nachricht verbreitet, daß in Washington der folgende halbamtliche Bericht bekanntgegeben worden sei: Im Weißen Hause wurde erklärt, daß die amerikanische Note mit der Antwort auf die Einladung zur Teilnahme an den Beratungen der Sachverständigen im Haag, in dieser Angelegenheit eine offene Tür für weitere Verhandlungen belasse. Dieser Nachricht wird anlässlich der diesbezüglich im Senat gehaltenen Reden, große Bedeutung zugeschrieben.

Selbstschuß der Ausländer in China.

London, 18. Mai. (Polpr.) Der amerikanische Admiral Strauß hat in Tientsin mit der Bildung eines französisch-englisch-amerikanischen Freiwilligenkorps.

Großer Brand in Wilna.

Wilna, 17. Mai. (A. B.) Am Dienstag um 4 Uhr nachmittags entstand im militärischen Proviantmagazin ein Brand. Das Magazin brannte vollständig nieder, der Schaden ist sehr groß.

Polnische Börse.

Warschau, 18. Mai.

4½ proz. Pföb. d. Bodenkreditges.
1. 100 Ebl.

4½ proz. Pföb. d. Bodenkreditges.
1. 100 Mk.

5 proz. Obl. d. Stadt Warschau 255 245

5 proz. Anl. der Voraussicht 86-79

Millionówka 1500 1550-1525

Valuten:

Dollars 4010 4020-3995
Pfund Sterling 17950 17900
Tschechische Kronen 78½

Checks:

Belgien 837½-827
Berlin 14.05-14.15-14
Danzig 14.10
London 18000-18030-18015
New-York 4025-4080 4000
Paris 271-271½-270½
Prag 78½-78
Schweiz 788-780
Wien 42½-42½-42

Aktien:

Warsch. Diskontobank 3400
Kreditbank 1.-5. Em. 3850-3450
6. " 3200-3300

Westbank 2300
Vereinigte poln. Landesgenossenschaftsbank 1525
Warsch. Ges. d. Zuckerfabr. 33000
Kohlegesellschaft 28750 29000-28750
Lilpop 2075 2650
Modrzewoj 4300
Ostrowiecer Werke 7550-7500
Ortwein & Karasiński 1150-1175
Budzki 2500-2450 2490
Starachowice 5750-5700 5725
Żyrardow 69000-70000
Borkowski 1575 1525
Seifahrtsgesellschaft 1925
Naphtha 250 19 5

Baumwolle.

Bremen, 17. Mai. Baumwolle 137.20.

London, 17. Mai. Aegyptische Baumwolle 17.50.

New-York, 17. Mai. Baumwolle
Loco 21.50, Mai 21.20, Juni 20.35, Juli 20.45,
August 20.45, September 20.37. Baumwoll-
zufuhr 24 000.

New-Orleans, 17. Mai. Baumwolle
Loco 19.75.

Bund der Deutschen Polens.

Rozwadowska Str. 17.

Stellenanzeigende.

Anstellung suchen: Krankenvisierin, Nachwach-
ter, Tortier, Handweber, Tretierin, Schlosser,
Chausseur, Gärtner, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Stellenangebote.

Anstellung finden: Intelligente Fräulein als
Diretrice, Wäschereinhaberinnen auf Spezialmaschinen,
Stuhlenräderchen, Köchin, Fräulein zu Klubben, Dienst-
mädchen.

Hauptleitung Adolf Kargel.

Verantwortlich: für Politik: Hugo Wiesiorek;
für Lokales und den übrigen unpolitischen Teil: Adolf
Kargel; für den Anzeigenteil: Gustav Ewald; Druck
und Verlag: Verlagsgesellschaft "Lodzer Freie Presse" m. b. H.
Leiter Dr. Eduard v. Behrens.

Am Mittwoch, den 17. dss. Mts., um 9 Uhr abends, starb nach kurzem aber schwerem Leiden unser innig geliebtes Zwillingssöhnchen, Bruder, Enkel, Neffe und Cousin

Bruno-Gustav Pienkowski

im Alter von 6 Jahren und 8 Monaten. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. dss. Mts., um 2½ Uhr nachmittags, von der Kapelle des Anna-Marien-Hospitals aus auf dem neuen evangelischen Friedhofe in Döb statt.

2419

Die betrübten Hinterbliebenen.

Sonnabend, den 20. Mai d. J.
Eröffnung des Sommertheaters
beim Hotel Manteuffel
Täglich Konzert zweier Orchester:

1) Militärorchester des 31. Regiments unter der Leitung des Kapellmeisters Herrn Adamczyk.

2. Das bekannte Künstler-Quartett

(von 5-7 Uhr nachmittags Eintritt frei) Eintrittspreis M. 250; für Militär M. 150.

Das Büfett ist mit kalten und warmen Imbissen versehen. In- und ausländische Getränke. Biere erstklassiger Brauereien. Erstklassige Küche unter persönlicher Leitung von Herrn W. Daszkiewicz.

2398

Deutsche Arbeitspartei Polens.

Am Sonnabend, den 20. Mai, um 8½ Uhr abends,

findet im Saale Andrzejstraße 17 der

1. gesellige Abend

mit reichhaltigem Programm und darauffolgendem Tanz, statt.

Die Mitglieder und Gäste laden ein

2386

Der Vorstand.



Ed.-Luth. Junglingsverein der St. Trinitatis-Gemeinde zu Lodz.

Am Sonntag, den 21. Mai, um 5 Uhr nachmittags, findet im eigenen Vereinslokale in der Konstantiner Straße Nr. 4 ein großer Unterhaltungs-Nachmittag statt.

Im Programm sind vorgesehen Vorträge, Chorgesang sowie musikalische Darbietungen. — Zu diesem Abend werden alle Mitglieder, deren Familienangehörige sowie Freunde und Söhne des Vereins aufs herzlichste eingeladen.

Die Verwaltung.

N. B. Billettverkauf ab Montag in der Kirchenanlage der St. Trinitatis-Gemeinde Petrikauer Straße Nr. 4.

2321

Lodzer Sport- u. Turnverein.

Sonntag, d. 21. Mai 1. J.,
um 5 Uhr nachmittags, findet im Turnsaale,
Salontua Straße 82, ein

Ghauturnen

mit anschließendem Tanzkränzchen statt, wozu Freunde und Söhne des Vereins höf. eingeladen werden.

2378

Die Verwaltung.

Holz

Sämtliche Bauholz ab Lager sowie auch jedes Duanium auf Bestellung in ein paar Tagen, ferner alle Arten Harthölzer in allen Dicken liefert prompt und preiswert Sägemerk Gebr. Schwartz, ul. Henryka 10-22. Eigener Bahnhofslieferant, eigne Fußwerke. Da-
elbst auch fürläufen Sägespäne zu haben.

2408 erfagen.

Sandalen
Hausschuhe u. Lederhausschuhe,
billig und gut 2264
■ **Westerfälle**
vorm. Peterseilige & Schmolte
Petrikauer Straße 93

Rörbe
für Kärbereien, Spinnereien und Webereien zu verkaufen.
Largo wa 39 am Wasser-
ring bei K. Müller.

Goldene Herrenuhr
zu verkaufen. Adresse in
der Geschäftsst. d. Bl. zu
erfragen.

Weiß-Waren

wie Madapalame, Bettzeug, Handtücher, Bettlaken, Tischdecken, Schürzenstoffe, Kretons, Etamine, Damen- und Herrenwäsche zu billigen Preisen in großer Auswahl.

Schmeichel & Rosner

Petrikauer 100 u. Filiale 160.

2340

Magazin für Damen-Mäntel

S. ALTER, Petrikauer 68,

empfiehlt für die Sommersaison Damen- und Kindermäntel eine große Auswahl von

der neuesten englischen und Wiener Modelle zu Konturrempreisen (von M. 8.000 bis M. 50.000).

Empfehlung vom Lager verschlossene Manufakturwaren und eine große Auswahl von Sommerstoffen Etamine etc.

2412

2383

2381

2392

2390

2389

2388

2387

2386

2385

2384

2383

2382

2381

2380

2379

2378

2377

2376

2375

2374

2373

2372

2371

2370

2369

2368

2367

2366

2365

2364

2363

2362

2361

2360

2359

2358

2357

2356

2355

2354

2353

2352

2351

2350

2349

2348

2347

2346

2345

2344

2343

2342

2341

2340

2339

2338

2337

2336

2335

2334

2333

2332

2331

2330

2329

2328

2327

2326

2325

2324

2323

2322

2321

2320

2319

2318

2317

2316

2315

2314